Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 290 (2011)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bührer, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-515306

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick in die Welt

Walter Bührer

Die Erde ist ein unruhiger, unberechenbarer Planet. Sie war es immer. Und sie wird es in Zukunft bleiben. Das «Ende der Geschichte», wie es zu Beginn der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts prognostiziert wurde, ist nicht eingetroffen. Machtpolitische Konflikte, Kriege und gewaltsame Auseinandersetzungen aller Art sind auch seit dem Zusammenbruch des Sowjetkommunismus bittere Realität geblieben. Beispiellose neue Herausforderungen sind hinzugekommen: der Terrorismus islamistischer Prägung, globale Wirtschafts- und Finanzkrisen, nicht zuletzt die weltweite Klimaveränderung und die absehbare Verknappung von Ressourcen wie Erdöl und Wasser.

Die moderne Zivilisation ist störungsanfälliger denn je – allen Sicherheitsvorkehrungen zum Trotz. Ein einziger Vulkanausbruch auf Island reichte aus, um den Flugverkehr in Europa und Teilen der übrigen Welt während Tagen lahmzulegen. Und wie brutal die Natur und die Erdkräfte ins Schicksal der Welt und der Menschen eingreifen können, führten mehrere schwere Erdbeben drastisch vor Augen.

Erdbeben-Katastrophen

Am 12. Januar 2010 erschütterte ein schweres Beben die karibische Inselnation Haiti. Das Epizentrum lag nur 25 Kilometer von der Hauptstadt Port-au-Prince entfernt. Seine Stärke betrug 7,0 auf der Richterskala. Mehrere Stadtteile wurden fast vollständig zerstört. Tausende von Gebäuden stürzten ein. Auch der Präsidentenpalast und die katholische Kathedrale fielen

Bild: IStockphoto

Die karibische Inselnation Haiti wurde am 12. Januar 2010 von einem schweren Erdbeben heimgesucht; die grössten Schäden gab es in der Hauptstadt Port-au-Prince.

in sich zusammen. Während Präsident René Préval die Katastrophe überlebte, kam der Erzbischof von Port-au-Prince, Joseph Serge Miot, ums Leben. Die Ermittlung der Opferzahlen erwies sich als schwierig, weil viele der Opfer nicht identifiziert und ohne genaue Zählung in Massengräbern verscharrt oder von ihren Angehörigen an Ort und Stelle begraben wurden. Die haitianische Regierung ging von mindestens 212 000 Todesopfern aus; Schätzungen reichten bis zu 300 000 Toten. Nach Angaben des IKRK wurden bis zu drei Millionen Menschen von dem Erdbeben betroffen, dies entsprach einem Drittel der Bevölkerung Haitis. Die Zahl der Obdachlosen betrug noch Ende März über 1,3 Millionen. Gemessen an den Opferzahlen und Schäden handelte es sich um das schwerste Erdbeben in Amerika seit Menschengedenken.

Internationale Hilfe kam rasch in Gang. Insbesondere die USA und die einstige Kolonialmacht Frankreich engagierten sich in grossem Stil. Hilfslieferungen von aussen wurden aber durch mangelnde Abfertigungskapazitäten am Flughafen von Port-au-Prince behindert, so dass Hilfsgüter teilweise per Fallschirm abgeworfen werden mussten. Auch der Hafen der Hauptstadt war durch das Erdbeben so schwer zerstört, dass er für Hilfslieferungen nicht zur Verfügung stand. Wesentlich erschwert wurden die internationalen Hilfsmassnahmen durch Anarchie und Chaos: Brutale Kriminalität, Korruption und fehlende staatliche Strukturen waren schon vor dem Erdbeben verbreitet. Vereinzelt kam es zu Plünderungen; US-Soldaten mussten in Port-au-Prince zusätzlich für Sicherheit sorgen.

Die Welle internationaler Solidarität mit dem schon vor der Katastrophe bitter armen Land war jedoch beeindruckend. Ende März fand auf Einladung der UNO eine Haiti-Geberkonferenz in New York statt, um Zukunftskonzepte für das mittelamerikanische Land zu erörtern. Für die kommenden zwei Jahre sagten die Teilnehmer Direkthilfe in Höhe von 5,3 Milliarden Dollar zu und über einen 10-Jahres-Zeitraum 9,9 Milliarden Dollar finanzielle Unterstützung.

Ein verheerendes Erdbeben erlebte auch Chile: Das Epizentrum des Bebens am 27. Februar 2010 lag rund 100 Kilometer nördlich der Stadt Concepción, unmittelbar vor der Küste Mittelchiles. Dem ersten Erdstoss in der Stärke von 8,8 folgte ein Tsunami, der weite Ufergebiete verwüstete. Besonders betroffen waren die Städte Arauco und Coronel. Die Zahl der Todesopfer wurde anfänglich auf gegen 1000 geschätzt, konnte aber bis Mitte März auf unter 350 korrigiert werden. Trotzdem waren die Schäden gigantisch; der Gesamtschaden wurde auf über 30 Milliarden Dollar geschätzt. Auch in der 300 Kilometer vom Epizentrum entfernten Hauptstadt Santiago wurden zahlreiche Gebäude zerstört oder schwer beschädigt. Der internationale Flughafen musste für mehrere Tage geschlossen werden.

Wie unruhig die Erdoberfläche ist, offenbarten auch zahlreiche weitere Erdbeben: In Indonesien, auf Samoa, in Albanien, in der Türkei sowie – am 14. April – in der chinesischen Provinz Qinghai (wo mehr als 2000 Menschen umkamen) bebte die Erde. Die Ursachen von Beben sind grundsätzlich gut erforscht: Wo die grossen Erdplatten aufeinanderstossen, entstehen Spannungen, die sich mitunter in heftigen Bewegungen entladen. Voraussagen lassen sich Erdbeben trotzdem kaum. Wer an einer der zahlreichen Bruchstellen der Erdkruste wohnt, lebt mit einem entsprechenden Risiko.

Vulkan lähmt Luftverkehr

Die Kontinentalplatten, ihre Verschiebungen und ihre Bruchstellen sind auch weitestgehend für das Phänomen des Vulkanismus verantwortlich. Vulkanausbrüche sind wie Erdbeben keine Seltenheit. Anders als Erdbeben kündigen sie sich jedoch meist an; fast alle aktiven Vulkane der Erde werden heute wissenschaftlich überwacht. Trotzdem kann die Wirkung von Ausbrüchen verheerend sein, wie Beispiele aus Indonesien (Merapi), den Philippinen (Pinatubo) und den USA (Mount St. Helens) in den vergangenen Jahren vor Augen geführt haben.

Bilder: iStockphoto

Der Ausbruch des Vulkans Eyjafjallajökull in Island brachte während Tagen den gesamten Luftverkehr in Nord- und Zentraleuropa zum Erliegen.

Für eine weltweite Premiere sorgte Island. Der Ausbruch des Vulkans Eyjafjallajökull führte im April 2010 während Tagen zum Erliegen des gesamten Luftverkehrs in Nord- und Zentraleuropa. Island gilt als eine der vulkanisch aktivsten Zonen der Erde. Der Eyjafjallajökull ist insofern ein besonderer Vulkan, als er sich unter einem Gletscher befindet. In den Jahren 1821 bis 1823 war er zum letzten Mal ausgebrochen. Am 20. März 2010 kam es erstmals wieder zu Eruptionen. Der Eyjafjallajökull produzierte nicht nur einen gigantischen Lavastrom, sondern auch viel Asche. Diese verband sich mit Wasserdampf aus dem Gletscher. Wegen der herrschenden Nordwestströmung breitete sich die Aschewolke über ganz Nord- und Zentraleuropa aus. Davon wurde vor allem der Luftverkehr betroffen. Vulkanasche wirkt wie ein Sandstrahlgebläse auf die Aussenhülle und die Fenster von Flugzeugen. Auch die Triebwerke können Schaden nehmen. Wegen dieses Risikos ordneten die Luftfahrtbehörden am 15. April zunächst in Grossbritannien, Skandinavien und den Niederlanden die Schliessung der Flughäfen an. In den folgenden Tagen wurden sukzessive auch die Flughäfen in Frankreich, Spanien, Österreich und der Schweiz stillgelegt. Mehrere osteuropäische Staaten folgten. Gegen 100 000 Flüge fielen über Europa aus, bevor ab dem 19. April der normale Flugbetrieb sukzessive wieder aufgenommen werden konnte. Die Folgen waren gigantisch: Die Fluggesellschaften errechneten Einbussen von über 2 Milliarden Dollar; unzählige Reisende blieben an den Abflugorten sitzen; auch Luftfracht konnte nicht befördert werden. Ob die Sperrung des Luftraums über Europa wirklich zwingend war, blieb offen. Erstens war die Datenlage nicht

eindeutig; Flugzeuge, die zu Testflügen aufstiegen, stellten keine Beeinträchtigungen statt. Und zweitens gab es bis zu den Flugverboten keine verbindlichen internationalen Grenzwerte für Aschekonzentrationen in der Luft.

Weltweiter Grippealarm

Die Frage, ob weltweit überreagiert wurde, stellte sich auch in bezug auf die sogenannte «Schweinegrippe». Das Grippevirus des Typs H1N1 war im April 2009 erstmals bei zwei Patienten in den USA unabhängig voneinander diagnostiziert worden. Das Virus breitete sich rasch in Kalifornien und Mexiko aus. Ende April 2009 warnte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) vor einer weltweiten Verbreitung (Pandemie). Anfang Juni 2009 wurde die Warnung auf die höchste Alarmstufe emporgestuft. Vergleiche mit der Spanischen Grippe wurden angestellt, die 1919/20 an die 50 Millionen Tote gefordert hatte. Weltweit trafen Gesundheitsbehörden hektisch Vorkehrungen: auf Flughäfen wurden Gesundheitskontrollen eingerichtet, Quarantänen vorbereitet, Schutzmasken verteilt, Schulschliessungen und Versammlungsverbote in Aussicht genommen. Der Vormarsch der Schweinegrippe liess sich dadurch nicht stoppen, doch sie entpuppte sich als harmloser als prognostiziert. Statt Zehntausenden von Toten, wie von der WHO in Aussicht gestellt, forderte das H1N1 weniger Opfer als eine saisonale Grippe; die ebenfalls befürchtete Mutation des Virus zu einem wirklich gefährlichen Killervirus blieb aus. Als im Herbst 2009 endlich Impfstoffe bereitstanden, kauften die Industrieländer Millionen von Dosen auf – und blieben schliesslich darauf sitzen. In der Schweiz zum Beispiel liessen sich nur 15 % der Bevölkerung (gratis) gegen Schweinegrippe impfen; ein Teil des Impfstoffes wurde an andere Länder weiterverkauft oder sang- und klanglos entsorgt. Sowohl die WHO als auch die nationalen Gesundheitsbehörden büssten im Zusammenhang mit der Schweinegrippe – wie schon zuvor mit der Vogelgrippe – viel Glaubwürdigkeit ein.

Die Schweinegrippe rief Ängste vor einer globalen Pandemie wach; weltweit wurden Massnahmen gegen die Ausbreitung der Krankheit ergriffen.

Klima- und Umweltsünden

An Glaubwürdigkeit verlor auch der Weltklimarat, das Intergovernment Panel on Climate Change (IPCC). Das IPCC war 2007 gemeinsamen mit dem ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Unwissenschaftliche Behauptungen in einer IPCC-Studie, die das Verschwinden der Himalaya-Gletscher binnen 30 Jahren voraussagte, nährten indessen Zweifel an der Seriosität dieser zwischenstaatlichen Behörde. Auch als bekannt wurde, dass Interventionen einzelner Regierungen (namentlich der USA und Chinas) zu einer Abschwächung des vierten Tatsachenberichts geführt hatten, rief dies Kritik hervor. Die grosse Mehrheit der Klimaforscher bleibt indessen überzeugt, dass menschliche Aktivitäten hauptsächlich zur heute feststellbaren globalen Erwärmung beigetragen haben. Trotzdem vermochte sich die UN-Klimakonferenz vom 7. bis 18. Dezember 2009 nicht auf ein verbindliches Regelwerk für die Zeit nach 2012 zu einigen. Es blieb – trotz der Präsenz zahlreicher Staatschefs, unter ihnen Barack Obama – schliesslich bei einem Minimalkonsens, die Erderwärmung auf maximal 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit zu begrenzen. Wie dies konkret zu bewerkstelligen sei, blieb offen. Im Endeffekt scheiterte eine weitergehende Einigung daran, dass die grössten Klimasünder, China und die USA, nicht bereit waren, ihren CO_2-Ausstoss verbindlich zu begrenzen.

Statt dessen billigte die Obama-Regierung weitere Ölbohrungen in Küstengewässern. Am 20. April geschah die Katastrophe: Eine Ölplattform von BP explodierte im Golf von Mexiko. Fünf Wochen lang strömten Tag für Tag 2 bis 3 Millionen Liter Erdöl aus einem Leck in 1500 Metern Tiefe unter dem Meeresspiegel. Es dauerte Wochen, bevor das Leck geschlossen werden konnte. Die Schäden an der Umwelt waren verheerend; ein über 150 Kilometer breiter Streifen an der US-Südküste wurde nachhaltig verseucht. Unter Kritik geriet auch die US-Regierung, die nach Einschätzung vieler Beobachter wenig Elan bei der Bekämpfung der Ölpest erkennen liess.

Im Finanz-Schlamassel

Unverantwortliche Verhaltensweisen hatten 2008 zur weltweiten Finanzkrise geführt. Banken, Spekulanten und eine skrupellose Managerkaste hatten ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl Gewinnmaximierung um jeden Preis betrieben. Dass es nicht zu einem globalen Zusammenbruch des Finanzsystems kam, war dem energischen Eingreifen von Zentralbanken und Regierungen zu verdanken. Die Nothilfe – vor allem Leitzinssenkungen und Konjunkturprogramme in der Gesamthöhe von rund 2000 Milliarden Dollar – verfehlte ihre Wirkung nicht: Die Rezession konnte 2009 gestoppt werden; die Weltwirtschaft kehrte auf den Wachstumspfad zurück. Schwerer taten sich die Regierungen allerdings damit, das Bankensystem so zu regulieren, dass Vorkommnisse wie 2008 sich nicht wiederholen würden. Der Internationale Währungsfonds (IWF) empfahl den Staaten Sondersteuern für Banken, um die Kosten künftiger Krisen abzudecken und die Privilegien

Bild: Keystone

Nach der Explosion einer Ölplattform vor der US-Küste im Golf von Mexiko flossen während Wochen Millionen von Litern Öl ins Meer.

des Finanzsektors zu kompensieren. Mit wenig Erfolg. Immerhin dachten manche Staaten wie die Schweiz daran, Sonderregeln für Grossbanken etwa in bezug auf Eigenmittel, Liquidität und Organisationsstruktur einzuführen.

Zahlreiche Grossbanken in den USA und Europa kehrten 2009 wieder zu schwarzen Zahlen zurück. Riskante Investment-Geschäfte und weiterhin exorbitante Boni-Zahlungen offenbarten, wie wenig zum Teil aus der jüngsten Finanzkrise gelernt worden war. Das Fehlverhalten beschränkte sich nicht auf Banken allein. Auch Staaten gerieten in gefährliche Schieflage. Griechenland musste im November 2009 bekanntgeben, sein Staatsdefizit werde voraussichtlich 12,7 Prozent des Bruttoinlandproduktes betragen (nach 8,8 % im Vorjahr). Jahrelang hatte das Land über seine Verhältnisse gelebt und seine wahre Finanzlage verschleiert. Zum Vorschein kam auch, dass Griechenland seinen Beitritt zur EU-Zone 2001 durch Angabe falscher Zahlen erschlichen hatte. Korruption, Schattenwirtschaft und eine unglaubliche Ineffizienz des Staates trugen das ihre zur Finanzkrise bei. Wäre Griechenland punkto Währung nach wie vor autonom gewesen, hätte die Krise durch eine drastische Abwertung beseitigt werden können. Als Teil des Euro-Raums riss das Land jedoch auch den Euro mit in den Strudel; die europäische Währung sackte von Fr. 1.60 zeitweilig auf unter Fr. 1.40 ab. Mit harten Auflagen und Hilfszusagen an Athen versuchte die EU die Krise in den Griff zu bekommen. Die Situation verschärfte sich jedoch im Frühjahr 2010. Am 23. April gab die Athener Regierung bekannt, dass sie Nothilfe der EU in der Höhe von 30 Milliarden Euro und Kredite des IWF von 15 Milliarden Euro beanspruchen müsse, um den drohenden Staatsbankrott abzuwenden. Neben Griechenland blieben auch Portugal und Spanien Kandidaten für Finanzhilfe; auch diese Länder hatten sich über Jahre hinweg über die Stabilitätskriterien der EU hinweggesetzt. Um den Euro zu stützen, stellten IWF und EU-Staaten die schier unglaubliche Summe von 750 Milliarden Euro bereit, doch genügte selbst dieser Kraftakt vorerst nicht, um Ruhe an den Finanzmärkten zu erzwingen. Die Verschuldung vieler Staaten blieb ein Damoklesschwert über der Weltwirtschaft.

Ungebändigter Terrorismus

Auch der islamistische Terrorismus und die weitere Verbreitung von Atomwaffen bleiben unberechenbare Risiken für die Weltgemeinschaft. Sieht man von den Konfliktherden Irak, Afghanistan und Pakistan ab, kam es zwar in der Berichtsperiode nicht zu spektakulären neuen Anschlägen. Trotzdem offenbarte ein versuchter Anschlag auf ein amerikanisches Verkehrsflugzeug, dass die Bedrohung keineswegs gebannt ist. Am 25. Dezember 2009 versuchte ein 23jähriger Nigerianer, einen Airbus der Northwest Airlines mit 278 Personen an Bord im Landeanflug auf Detroit zur Sprengung zu bringen. Der Mann hatte die Sprengladung in den Unterhosen getragen und war damit durch alle Sicherheitskontrollen in Amsterdam hindurch gekommen. Nur dank dem beherzten Eingreifen eines holländischen Passagiers konnte Schlimmes verhütet werden. Der Attentäter Abdul Mudallah hatte offenbar Kontakte zum Terrornetz al-Kaida gehabt. Wie dieser Mann, Sohn eines früheren nigerianischen Notenbankchefs und aktenkundiger Terrorsympathisant, auf einen Flug in die USA gelangen und überdies eine Ladung Sprengstoff mit an Bord bringen konnte, warf beunruhigende Fragen auf. Ein weiterer Terrorversuch galt dem Times Square in New York: Ein gebürtiger Pakistaner, der erst kurze Zeit die US-Staatsbürgerschaft besass, versuchte ein Auto mit Sprengstoff zur Explosion zu bringen. Der Anschlag konnte zum Glück vereitelt werden; der Urheber wurde in einem Flugzeug bei der Ausreise aus den USA auf dem Flughafen New York gefasst.

Auch die Atomprogramme Irans und Nordkoreas beunruhigen weiterhin die Weltöffentlichkeit. Iran spielte offenkundig auf Zeit und setzte sein Programm

zur Urananreicherung unentwegt fort. Am 11. Februar, zum 31. Jahrestag der Islamischen Revolution, proklamierte Präsident Ahmadinedschad den Iran zum «Atomstaat»; iranische Wissenschafter hätten erfolgreich angereichertes Uran hergestellt. Als Reaktion darauf kündigte US-Präsident Obama, der zu Beginn seiner Amtszeit Iran Entgegenkommen signalisiert hatte, umfangreiche Sanktionen an.

Im benachbarten Afghanistan gewannen die fundamental-islamischen Taliban weiter an Boden. Sie profitierten davon, dass sich die Versprechungen der USA und ihrer Verbündeten, dem Land Stabilität und Wohlstand zu bringen, nur unzureichend erfüllen liessen. Mit spektakulären Selbstmordanschlägen und Hinterhalten schürten sie die Unsicherheit im Land. Ausserdem stellten sie sich zunehmend erfolgreich als Verteidiger afghanischer Traditionen gegen die ungläubigen Besatzer aus dem Westen dar. Den Taliban in die Hände arbeitete auch die Korruption und Ineffizienz der afghanischen Regierung unter Präsident Hamid Karzai. Obschon Karzai im eigenen Land umstritten war und auch im Ausland wachsender Skepsis an seinen Fähigkeiten begegnete, liess er sich im Herbst 2009 im höchsten Amt bestätigen. Überschattet wurde die Wahl von zahlreichen Zwischenfällen und offenkundigen Fälschungen. Kein Wunder, dass der Afghanistan-Einsatz in mehreren Ländern aufwachsenden Widerstand stiess. Insgesamt waren Anfang 2010 rund 70 000 Soldaten aus 43 Staaten in Afghanistan stationiert. Das größte Kontingent stellten die USA mit rund 35 000 Mann.

Thailand am Abgrund

Thailand geriet im Frühjahr 2010 an den Rand eines Bürgerkrieges. 2006 war der damalige Premierminster Thaksin Shinawatra durch parteipolitische Machenschaften aus dem Amt gedrängt worden. Im April 2010 kamen Hunderttausende seiner Anhänger – grossenteils Menschen aus dem rückständigen Norden und Osten Thailands – nach Bangkok, um für Neuwahlen zu demonstrieren. Die «Rothemden» besetzten das Finanzzentrum und verlangten ultimativ den Rücktritt der Regierung von Premier Abhisit Vejjajiva. Sie liessen sich auch durch Versprechungen vorgezogener Neuwahlen nicht besänftigen. Mitte Mai eskalierten die Auseinandersetzungen. Armee und Sicherheitskräfte räumten die besetzten Stadtteile, wobei mindestens 35 Menschen den Tod fanden; Hunderte von «Rothemden» zogen daraufhin plündernd und brandschatzend durch die thailändische Hauptstadt. Nach Tagen blutiger Anarchie konnte die Ruhe in Bangkok wiederhergestellt werden; doch die tiefen Gegensätze zwischen den städtischen Eliten und der ländlichen Bevölkerung blieben bestehen. Erschwerend kam hinzu, dass der schwerkranke König Bhumipol offenkundig nicht mehr über die Autorität verfügt, die verfeindeten Lager zu Ruhe und Kompromissbereitschaft zu bewegen.

Bild: Keystone

Die Auseinandersetzungen zwischen «Rothemden» und Regierung führten Thailand an den Rand eines Bürgerkrieges.

Auch im Irak blieben die Perspektiven finster. Am 7. März 2010 fanden zum zweiten Mal Parlamentswahlen seit der Verabschiedung der Verfassung von 2005 statt. Trotz massiver Drohungen terroristischer Organisationen begaben sich 62 % der Wahlberechtigten an die Urnen. Die Wahlen ergaben zwar eine Pattsituation zwischen dem überkonfessionellen Bündnis Irakija des bisherigen Oppositionsführers Iyad Allawi, das auf auf 91 Sitze kam, und der Rechtsstaats-Allianz von Premierminister Nuri al-Maliki, die 89 Sitze erzielte; sie waren trotz allem ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur politischen Stabilisierung des Landes. Ende April erzielten amerikanische und irakische Streitkräfte an der militärischen Front einen Erfolg, indem sie die beiden wichtigsten Führer von El Kaida zur Strecke brachten.

Keine Fortschritte machte der Friedensprozess im Nahen Osten. Im Gegenteil, unter Ministerpräsident Netanjahu, der im März 2009 an die Macht gelangt war, kamen die Verhandlungen mit den Palästinensern fast vollständig zum Erliegen. Ungeachtet amerikanischer Forderungen trieb die Regierung auch den Siedlungsbau in den besetzten Gebieten voran. Auch nach einem Besuch in Washington, in welchem die Obama-Regierung Klartext sprach, pochte Israel auf sein «Recht», weitere Siedlungen in Ostjerusalem sowie im besetzten Westjordanland zu bauen.

Obama im Gegenwind

US-Präsident Barack Obama hatte im ersten Jahr seiner Amtszeit wenig zu feiern. Sowohl im Iran, in Afghanistan, Pakistan als auch im Nahen Osten blieben Fortschritte, geschweige denn Durchbrüche aus. Die Kairoer Rede des Präsidenten an die islamische Welt vom 4. Juni 2009 blieb ohne konkrete Folgen. Auch Obamas Vision einer kernwaffenfreien Welt trug nur langsam Früchte. Umso überraschender verlieh das Nobelpreiskomitee in Oslo Obama den Friedensnobelpreis 2009.

Auch innenpolitisch musste sich der neue Präsident in Geduld üben. Erst nach mehreren Anläufen und langem Verhandeln billigte der Kongress die umstrittene Gesundheitsreform, welche den Amerikanern erstmals ein Obligatorium in der Krankenversicherung bringen wird. Kritiker warnten allerdings vor einem Fass ohne Boden. Auch die Finanzmarktreform, mit welcher die US-Regierung riskante Bankgeschäfte unter Kontrolle bringen wollte, kam erst nach schwierigen Verhandlungen unter Dach. Obamas Popularität schwand zusehends. Im November 2008 hatten die Demokraten noch in beiden Häusern des Kongresses eine Mehrheit errungen. Am 20. Januar 2010 erlitten sie eine herbe Niederlage: Bei der Nachwahl für den Sitz des verstorbenen Senators Edward Kennedy in Massachusetts siegte der Republikaner Scott Brown; Obama verlor damit die strategische 60-Stimmen-Mehrheit im Senat.

Regierungswechsel

Zu Regierungswechseln kam es in Deutschland und Grossbritannien. Bei der Bundestagswahl am 27. September 2009 mussten die bisher regierenden Parteien SPD und CDU/CSU massive Verluste hinnehmen. Mit nur 23,03 Prozent der Wählerstimmen verzeichnete die SPD das schlechteste Bundestagswahlergebnis ihrer Geschichte. Sie verlor über 11,2 % und kam noch auf 146 Mandate im 622 Sitze zählenden Parlament. Während die CDU relativ stabil blieb (– 0,51 %; 194 Sitze), trug vor allem das schlechte Abschneiden der CSU in Bayern (– 0,86 %; 45 Mandate) zu den Verlusten der Union bei. Die FDP erzielte mit 14,6 % das beste Bundestagswahlergebnis ihrer Parteigeschichte. Auch die Linke mit 11,9 % und die Grünen mit 10,7 % erreichten Rekordwerte. Insgesamt verfügten CDU/CSU und FDP damit über eine tragfähige Mehrheit im neuen Bundestag: Angela Merkel blieb Bundeskanzlerin; Vizekanzler und Aussenminister wurde FDP-Chef Guido Westerwelle, während Wolfgang Schäuble neu die Finanzen übernahm. Die neue schwarz-gelbe Koalition übernahm von ihrer Vorgängerin jedoch ein schwieriges Erbe; Neuverschuldung und finanzielle Sachzwänge wie die Hilfe an Griechenland setz-

ten der Handlungsfähigkeit der neuen Regierung enge Grenzen.

Bei den Unterhauswahlen in Grossbritannien am 6. Mai 2010 verlor die seit 13 Jahren regierende Labour Party die Mehrheit im Parlament. Die Partei unter Premier Gordon Brown fiel auf einen Stimmenanteil von 29,1 % zurück. Die Konservativen unter David Cameron gewannen zwar mit 36,2 % die Wahl, verfehlten jedoch im Unterhaus die absolute Mehrheit. Damit konnten die Liberaldemokraten unter ihrem charismatischen Chef Nick Clegg das Zünglein an der Waage spielen; sie entschieden sich für eine Koalition mit den Konservativen, womit David Cameron neuer britischer Premierminister wurde. Die konservativ-liberale Regierung sieht sich vor allem mit der Aufgabe konfrontiert, die zerrütteten Staatsfinanzen zu sanieren.

In den Niederlanden kam es wegen der Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes zu einer Regierungskrise; Ministerpräsident Peter Balkenende reichte am 20. Februar 2010 seinen Rücktritt ein. In Belgien brach am 26. April die Regierungskoalition wegen des Sprachenstreits auseinander.

In Frankreich, wo gemäss Verfassung der Staatspräsident die entscheidende politische Rolle spielt, standen lediglich Regionalwahlen an. Bei den Urnengängen vom 14. und 21. März 2010 triumphierte der Parti Socialiste, während die Regierungspartei UMP nur zweitstärkste Kraft wurde. Das Ergebnis spiegelte die herbe Enttäuschung einer Mehrheit der Franzosen über Präsident Nicolas Sarkozy nach rund drei Jahren im Amt. Hinzu kamen Gerüchte über Probleme zwischen Sarkozy und seiner Frau Carla Bruni.

Auch Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi machte durch Frauengeschichten von sich reden: Medienberichte über ausgelassene Partys, Frauen-Affären und bezahlten Sex machten wiederholt die Runde. Der Popularität des Cavaliere schienen diese Geschichten nichts anzuhaben – ebenso wie die anhaltenden Streitigkeiten mit der Justiz um unlautere Geschäfte seines Firmenimperiums. Bei einer Wahlkampfveranstaltung in Mailand kam es Mitte Dezember 2009 zu einem Zwischenfall, als ein angeblich geistig verwirrter Mann Berlusconi mit einer Domskulptur ins Gesicht schlug. Berlusconi trug eine angebrochenen Nase, zwei ausgeschlagene Zähne und eine Risswunde davon, vermochte aber politisch daraus Kapital zu schlagen: Bei Regionalwahlen im März 2010 siegte das Bündnis aus Berlusconis Popolo della Libertà sowie die Lega Nord.

Nationale Tragödie in Polen

Polen erlebte eine der schlimmsten Katastrophen seiner jüngeren Geschichte: Am 10. April 2010 kamen beim Absturz einer Tupolew Tu-154 bei Smolensk 96 Menschen ums Leben, unter ihnen Polens Staatspräsident Lech Kaczyinski, seine Frau, der Armeechef, der Notenbankpräsident sowie zahlreiche weitere hochrangige Vertreter des Landes. Kaczyínski und seine Begleitung wollten nach Katýn reisen, um der Opfer des Massakers vor genau 70 Jahren zu gedenken. Im April 1940 hatte der sowjetische Staatssicherheitsdienst NKWD auf Geheiss Stalins in den Wäldern bei Smolensk über 10 000 polnische Offiziere, Politiker und Intellektuelle umbringen lassen. Die spontane Anteilnahme Russlands an der Flugzeug-Katastrophe zeigte jedoch, wie viel sich im Verhältnis der beiden Nationen zum Besseren verändert hatte.

Bessere Beziehungen strebte Russland auch zum nordischen Nachbarn Norwegen an: Nach einem vier Jahrzehnte dauernden Streit verständigten sich die beiden Länder Ende April 2010 überraschend auf den Verlauf ihrer Seegrenze in der Arktis. Gemäss der Vereinbarung sollen Norwegen und Russland ungefähr gleich grosse Teile des 175 000 Quadratkilometer grossen Gebiets der Barentssee erhalten. Unter dem Meeresboden werden bedeutende Gas- und Erdölvorkommen vermutet.

Auch mit der Ukraine verständigte sich Russland. Moskau gewährte dem Nachbarland eine dreissigprozentige Senkung des Gaspreises – im Austausch für eine 25jährige Verlängerung der Stationierung seiner Schwarzmeerflotte auf der ukrainischen Halbinsel Krim bis zum Jahr 2042.

Chinas Sprung nach vorn

Wie Russland überstand auch China die Finanzkrise erstaunlich gut. Mit Zuwachsraten von mehr als 8 Prozent ging das wirtschaftliche Wachstum unvermindert rasant voran. Entsprechend nahm auch das Selbstbewusstsein der Volksrepublik in internationalen Belangen zu. Die Weltausstellung in Shanghai vermittelte China eine weitere Plattform, sich der Welt als aufstrebende Supermacht darzustellen. Anhaltend schwer tat sich das kommunistische Regime hingegen mit Minderheitenvölkern wie den Tibetern und den Uiguren. Im Juli 2009 kam es in der autonomen Provinz Xinjiang im Westen des Landes zu schweren Unruhen, bei denen laut offiziellen Angaben 197 Menschen getötet und mehrere tausend verletzt wurden. Wie üblich schob die Regierung die Schuld Extremisten in die Schuhe.

Trotz des stürmischen Wachstums und des Drangs der Chinesen nach immer spektakuläreren Höchstleistungen: Das höchste Gebäude der Welt steht seit 2010 nicht mehr in China. Am 4. Januar 2010 wurde in Dubai der Wolkenkratzer Burj Khalifa mit einer Gebäudehöhe von 828 Metern offiziell eingeweiht. Damit verdrängte Dubai Taiwan von der Spitze; von 2004 bis 2009 war Taipei 101 mit einer Höhe von 508 Metern der höchste Wolkenkratzer der Welt gewesen. Das 2008 eröffnete Shanghai World Financial Center rangiert mit 492 Metern «nur» noch auf Platz 3.

Bild: iStockphoto

Der Wolkenkratzer Burj Khalifa in Dubai ist mit 828 Metern das höchste Gebäude der Welt.

Gemessen an den weltpolitischen Verwerfungen erlebte die Schweiz vergleichsweise geringe Erschütterungen. Die Wirtschaft erholte sich überraschend schnell von der Rezession, in die sie 2008 als Folge der globalen Finanzkrise geraten war. Für 2010 konnten die Konjunkturprognosen laufend nach oben korrigiert werden (gemäss Seco + 2,0 %); Ende April 2010 wurde bekannt, dass die Löhne im Krisenjahr 2009 real um 2,6 % gestiegen seien – der höchste Zuwachs seit Beginn der Messungen 1987. Und dank neuen Doppelbesteuerungsabkommen gelang es der Schweiz, von der «grauen Liste» der OECD über «Steueroasen» wegzukommen.

Trotzdem war 2009/2010 kein gutes Jahr für die Schweiz: Die Steuerkonflikte mit den USA und Deutschland banden Ressourcen und Energien; die Grossbanken sorgten mit neuen Boni-Zahlungen für böses Blut, und die Affäre Ghadhafi gab die Schweiz auf dem internationalen Parkett der Lächerlichkeit preis.

Tauziehen um UBS-Staatsvertrag

Der internationale Druck auf die Schweiz wegen ihres Bankgeheimnisses hielt unvermindert an. Seit bekannt geworden war, dass die UBS amerikanische Kunden aktiv zur Steuerflucht ermuntert hatte, pochte der amerikanische Fiskus energisch auf die Herausgabe von Kundendaten. Nachdem die UBS im Februar 2009 in 300 Fällen von «Steuerbetrug» nachgegeben hatte, kam postwendend die Forderung, auch in 52 000 Fällen mutmasslicher Steuerhinterziehung Informationen herauszurücken. Wegen des in der Schweiz gesetzlich verankerten Bankgeheimnisses waren der UBS die Hände gebunden. Dies bedeutete jedoch, dass sie Gefahr lief, in den USA angeklagt und dadurch in eine neue Existenzkrise gedrängt zu werden. In dieser Notsituation eilte der Bundesrat der Grossbank erneut zu Hilfe: Im August schloss er mit den USA einen Staatsvertrag ab, der die Herausgabe von Kundendaten in 4450 Fällen schwerer Steuerhinterziehung vorsah. Die US-Regierung erklärte sich bereit, in diesem Fall auf ein für die UBS überaus riskantes Strafverfahren zu verzichten.

Die Schweizer Regierung bewegte sich jedoch rechtlich auf äusserst dünnem Eis. Am 22. Januar 2010 entschied das Bundesverwaltungsgericht, dass der Bundesrat nicht über die Kompetenz verfüge, in alleiniger Kompetenz einen Staatsvertrag abzuschliessen, der eine Aufweichung des Bankgeheimnisses bedeutete. Zwei Wochen zuvor war das gleiche Gericht zum Schluss gekommen, die vom Bundesrat legitimierte Herausgabe von UBS-Kundendaten durch die Finanzmarktaufsicht im Februar 2009 sei illegal gewesen. Der Leitentscheid des Bundesverwaltungsgerichts durchkreuzte den Befreiungsschlag der Schweizer Regierung. Zwei böse Schlappen insbesondere für Justizministerin Eveline Widmer-Schlumpf und Finanzminister Hans-Rudolf Merz. Der Bundesrat stand vor einem Scherbenhaufen. In dieser misslichen Situation entschied sich die Landesregierung, den Staatsvertrag den eidgenössischen Räten zur Genehmigung vorzulegen. Damit geriet sie jedoch in Teufels Küche. Die SVP hatte von Anfang an erklärt, dass sie den Staatsvertrag kategorisch ablehne, da er dem Bankgeheimnis widerspreche. Die SP machte ihre Zustimmung von einschneidenden Regulierungen für den Bankenplatz Schweiz abhängig. Mit Beschlüssen zur Boni-Besteuerung und gegen Lohnexzesse versuchte der Bundesrat den linken Forderungen entgegenzukommen, stiess damit aber in Wirtschaftskreisen auf verbreitete Ablehnung. Um der SP den Wind aus den Segeln zu nehmen, sprang schliesslich die SVP über den eigenen Schatten und kündigte ein Ja zum Staatsvertrag an – um so, wie sie erklärte, Schlimmeres, das heisst wirtschaftsfeindliche Regulierungen, abzuwenden.

Empörung und Irritationen

In der Bevölkerung war indessen die Empörung gross, dass die Grossbank UBS unentwegt fortfuhr, hohe Boni an ihre Mitarbeiter auszuzahlen. Auch die CS kündigte rekordhohe Bonus-Zahlungen an – so als wäre auf dem Finanzsektor nichts geschehen. An der Generalversammlung der UBS am 14. April 2010 segneten die Aktionäre zwar die Boni-Politik knapp ab, verweigerten jedoch dem Verwaltungsrat für 2007 demonstrativ die Décharge. Dies dürfte zwar ohne rechtliche Konsequenzen bleiben, brachte aber klar den Unmut über die Misswirtschaft in der Ära Ospel zum Ausdruck.

Das Resultat der Bundestagswahl vom 27. September verbesserte das Klima zwischen Deutschland und der Schweiz. Auf den SPD-Mann Peer Steinbrück, der die Schweizer mit «Indianern» verglichen hatte, folgte im Finanzministerium der schwäbische CDU-Politiker Wolfgang Schäuble, ein Freund unseres Landes. In der Sache lagen die Auffassungen in Sachen Steuerstreit und Fluglärmkonflikt aber nach wie vor weit auseinander. Für neue Irritationen sorgte der Ankauf einer CD mit schweizerischen Bankkunden-Daten durch einige deutsche Bundesländer; dieser – auch in Deutschland nicht unbestrittene – Akt demonstrierte, wie unterschiedlich die beiden Länder in der Steuerfrage agieren und wie unterschiedlich Deutsche und Schweizer das Verhältnis zu ihrem Staat definieren: Vertrauen und Mitverantwortung in der Schweiz, Misstrauen und Obrigkeitsdenken in Deutschland. Auch der anhaltende Zustrom von Deutschen auf den Schweizer Arbeitsmarkt belastete in der besonders betroffenen Stadt Zürich, aber auch an den Universitäten, das Verhältnis zwischen Schweizern und Deutschen.

Brandstifter Ghadhafi

Unerwartet öffnete sich eine andere aussenpolitische Front. Libyens unberechenbarer Diktator Muammar Ghadhafi nahm die Schweiz ins Visier. Der Konflikt entzündete sich während eines Besuchs des Ghadhafi-Sohns Hannibal in Genf im Juli 2008. Ghadhafi junior war in Begleitung seiner Frau Aline, seines dreijährigen Sohns, zweier Bodyguards, dreier Ärzte und zweier Hausangestellter im Luxushotel «Président Wilson» abgestiegen, wo sie zehn Suiten belegten. Zehn Tage später meldeten sich die beiden Hausangestellten per Telefon bei der Genfer Polizei. Sie sagten, sie würden von ihren Arbeitgebern schwer misshandelt und bedroht. Die beiden Bediensteten zeigten die Eheleute an. In einem grossangelegten Einsatz wurden Hannibal und Aline am Morgen des 15. Juli festgenommen und vom Genfer Untersuchungsrichter verhört. Obschon die Ghadhafis alles abstritten, erliess der Richter Haftbefehl wegen einfacher Körperverletzung, Drohung und Nötigung. Am 17. Juli wurde Hannibal gegen eine Kaution von 200000 Franken und Aline gegen eine Kaution von 300000 Franken freigelassen. Die beiden Hausangestellten zogen Anfang September 2008 ihre Anzeigen gegen das Ehepaar Ghadhafi zurück. Sie erhielten zuvor von unbekannter Seite eine «angemessene Entschädigung» und aus humanitären Gründen eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis in der Schweiz. Das Strafverfahren wurde eingestellt.

Als Reaktion auf die Verhaftung Hannibals wurden – drei Tage später – die beiden ABB-Mitarbeiter Max Göldi und Rachid Hamdani in Libyen an der Ausreise gehindert. Offiziell warf man ihnen vor, gegen Einreisebestimmungen verstossen zu haben. Sie durften sich frei im Land bewegen, waren aber zum Aufenthalt in der Schweizer Botschaft gezwungen.

Libyen reagierte auch mit wirtschaftlichen Sanktionen: Vorerst wurden die Erdöllieferungen an die Schweiz gestoppt. Im Juni 2009 wurde bekannt, dass Libyen Anlagevermögen von 5 Milliarden Franken von Schweizer Banken abgezogen hatte. Der Fluggesellschaft Swiss wurden die Landerechte in Libyen untersagt, Schiffe mit Schweizer Flagge durften in Libyen nicht mehr anlegen. Im Juli 2009 bezeichnete Ghadhafi die Schweiz während eines Besuches in Italien als «Helferin des Terrorismus» und schlug vor, sie zu zerschlagen. Hannibal verstieg

sich im Gespräch mit arabischen Diplomaten zur Aussage: «Hätte ich eine Atombombe, würde ich die Schweiz von der Landkarte entfernen.» In der UNO stellte Ghadhafi einen Antrag, in welchem er die Auflösung der Schweiz verlangte.

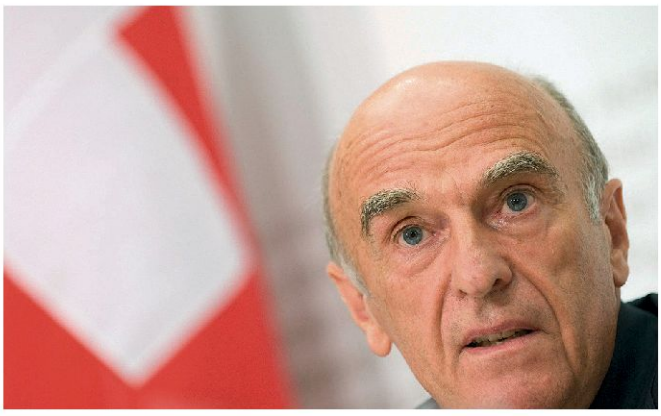
Merz verliert sein Gesicht

Nachdem sich das schweizerische Aussenministerium rund ein Jahr lang vergeblich um die Freilassung der beiden Geiseln bemüht hatte, nahm Bundespräsident Hans-Rudolf Merz die Sache in die Hand. In einer mit dem übrigen Bundesrat kaum abgesprochenen Aktion liess er sich am 20. August 2009 nach Libyen fliegen. Ohne Ghadhafi gesehen zu haben und ohne die beiden Geiseln kehrte er zwei Tage später in die Schweiz zurück. In seinem Gepäck befand sich lediglich ein mit dem libyschen Ministerpräsidenten abgeschlossener «Staatsvertrag». Darin «entschuldigte» sich «die Schweiz» vorab für die Verhaftung Hannibals in Genf. Zweitens war die Einsetzung eines Schiedsgerichts vorgesehen, das den Fall Hannibal Ghadhafis bis zum 20. Oktober 2009 untersuchen sollte. Drittens wurde vereinbart, die bilateralen Beziehung binnen zweier Monate wieder herzustellen; Hamdani und Göldi sollten ausreisen dürfen. Falls dies nicht der Fall wäre, würde er «sein Gesicht verlieren», beteuerte Merz nach der Rückkehr aus Libyen.

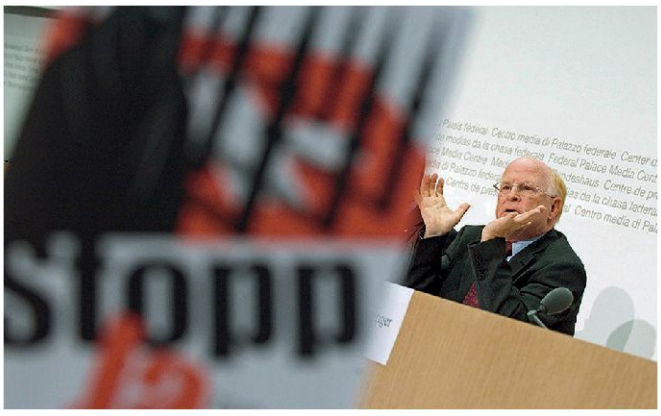
Er verlor sein Gesicht. Libyen hatte keinerlei Absicht, den Konflikt beizulegen. Am 4. November 2009 sistierte der Bundesrat das Abkommen vom 20. August 2009, da die libysche Regierung sich an keinen der im Vertrag vereinbarten Punkte gehalten hatte. Max Göldi musste im Februar 2010 eine viermonatige Haftstrafe antreten. Die zweite Geisel, Rachid Hamdani, durfte ausreisen. Der Streit spitzte sich zu, als die Schweiz 180 Libyer, darunter die Ghadhafis, auf eine Liste setzen liess, denen die Einreise in den Schengen-Raum verweigert wurde. Libyen reagierte, indem es keine Einreisen aus dem Schengen-Raum mehr erlaubte. Libyen und die EU einigten sich zwar im März darauf, diese Visa-Sanktionen aufzuheben; Göldi blieb jedoch in Libyen in Geiselhaft. Nach Verbüssung der Strafe konnte er aber Anfang Juni zunächst das Gefängnis und kurze Zeit später das Land Richtung Schweiz verlassen.

Volkes Stimme

Die Ghadhafi-Affäre dürfte zweifellos zum Resultat der Minarettverbots-Initiative beigetragen haben. Am 29. November stimmte das Schweizervolk dem Volksbegehren, das von Politikern der SVP und der EDU lanciert worden war, mit 53,4 % Ja-Stimmen zu. Einzig die Kantone Basel-Stadt, Genf, Neuenburg und Waadt sagten Nein. Das Votum richtete sich, wie auch repräsentative Umfragen bestätigten, nicht



Hans-Rudolf Merz erlebte mit den Auseinandersetzungen um die UBS und der Libyen-Affäre ein turbulentes Jahr als Bundespräsident.



Am 29. November 2009 stimmte das Schweizervolk der Minarettverbots-Initiative mit einem Ja-Anteil von 53,4 % zu. Im Bild SVP-Nationalrat Ulrich Schlueer.

Bilder: Keystone

gegen den Islam an sich. Wohl aber empfanden viele Schweizerinnen und Schweizer Minarette als «Machtsymbole» einer feindseligen Kultur; ausserdem wandten sich viele gegen eine Einwanderungspolitik, die innert weniger Jahre zu einer sprunghaften Zunahme der islamischen Bevölkerung auf gegen eine halbe Million Menschen geführt hatte. Dass einzelne ihrer Exponenten sich vor und nach der Abstimmung betont kämpferisch äusserten und auch umstrittene Themen wie Verschleierung, Steinigung von Frauen und Todesstrafen gegen «Abtrünnige» befürworteten, trug ebenfalls nicht zum Wohlwollen gegenüber den Anliegen der muslimischen Minderheit bei.

Wuchtig sagte das Schweizervolk am 7. März Nein zu einer Vorlage, welche die Senkung des Umwandlungssatzes der Pensionskassenversicherung vorsah. Die stufenweise Reduktion von 7 auf 6,4% bis zum Jahr 2016 hätte zur Folge gehabt, dass ab 2016 die Rentenhöhe pro 100 000 Franken angespartem Alterskapital nur noch 6400 Franken jährlich betragen würde, anstatt wie heute rund 7000 Franken. Der Bundesrat beurteilte die Rentenreduktion als nötig, weil die Lebenserwartung gestiegen sei; zudem müssten die Pensionskassen mit geringeren Anlagerenditen rechnen. Gegen die Vorlage ergriffen Gewerkschaften und Linksparteien das Referendum. Das Schlagwort «Rentenklau» verfing bei der grossen Mehrheit: 72,7% verwarfen die Vorlage, obschon SVP, FDP, CVP und BDP für ein Ja plädiert hatten. Am deutlichsten fiel das Nein in der Westschweiz aus; im Kanton Jura lehnten rund 84% der Stimmenden die Senkung des Umwandlungssatzes ab.

Das Votum zeigte, dass Verzichtsleistungen in der Sozialversicherung – wie sie in den nächsten Jahren wegen der höheren Lebenserwartung unausweichlich sein werden – sehr gut begründet sein müssen, um von der Bevölkerung mitgetragen zu werden. Zur Verwerfung der Vorlage trug auch die Empörung über das Verhalten von Banken in der Finanzkrise bei; zu viel Vertrauen war durch die Ausschüttung exorbitant hoher Boni-Summen selbst in den Krisenjahren 2009 und 2010 verloren gegangen. So kam es, dass auch der «Abzocker-Initiative» des Schaffhauser Kleinunternehmers Thomas Minder in Meinungsumfragen grosse Chancen vorausgesagt wurden. Dies, obschon das Begehren Regulierungen für börsenkotierte Schweizer Unternehmen vorsah, die Fachleute als kontraproduktiv beurteilten.

Freisinnige Zerreissprobe

Vor allem die FDP als «Wirtschaftspartei» bekam die Missstimmung gegenüber Banken und Grossunternehmen zu spüren. Zwischen den Polen SP, die seit Jahren die Abschaffung des Bankgeheimnisses betreibt, und der SVP, die dezidiert für eine Beibehaltung des Bankgeheimnisses und für Härte im Steuerstreit mit dem Ausland plädiert, taten sich die Freisinnigen mit ihrer Rolle schwer. Als Parteichef Fulvio Pelli Mitte Februar überraschend vor die Medien trat und eine «Weissgeldstrategie» der Banken befürwortete, führte das in der FDP zu einer Zerreissprobe. Gegen Pellis Vorpreschen nahmen die Kantonalpräsidenten sowie Exponenten der Wirtschaft Stellung. Am 24. April raufte sich die Delegiertenversammlung zu einem Kompromiss über die Finanzmarktpolitik zusammen, doch blieben Wunden offen. Pellis Fazit lautete: «Nie mehr solche zehn Wochen, wie wir sie seit Mitte Februar erduldet haben.»

In kantonalen und kommunalen Wahlen bekamen die Freisinnigen die Quittung präsentiert: Bei den Berner Grossratswahlen 2010 fielen sie von 26 auf 17 Mandate zurück. Zu den Verlierern gehörten auch die SP (35 statt 42 Sitze) sowie die Grünen (16 statt 19 Sitze). Während die SVP ihre Sitzzahl (44 statt 47) praktisch halten konnte, gehörte die BDP mit neu 25 Mandaten zu den grossen Siegern. In Stadt Zürich büsste die FDP ein Stadtratsmandat ein, während Rot-Grün die Mehrheit auf 6 von 9 Mandaten ausbauen konnte. Im Gemeinderat der grössten Schweizer Stadt fiel die SP von 45 auf 39 Mandate zurück, die FDP verlor eines ihrer bisher 19 Mandate, während die Grünliberalen aus dem Stand heraus 12 Sitze errangen und die SVP neu auf 24 Sitze (bisher 22) kam.

Am 27. September wurde der Neuenburger Freisinnige Didier Burkhalter als Nachfolger von Pascal Couchepin in den Bundesrat gewählt.

Die Verhaftung Roman Polanskis bei der Einreise in die Schweiz Ende September 2009 führte weltweit zu Reaktionen.

Bilder: Keystone

Burkhalter für Couchepin

Der FDP gelang es immerhin, den Bundesratssitz von Pascal Couchepin erfolgreich zu verteidigen. Couchepin, der als starke Persönlichkeit im Bundesrat galt, hatte am 12. Juni 2009 seinen Rücktritt erklärt. Am 27. September wurde der Neuenburger Freisinnige Didier Burkhalter als Nachfolger in die Landesregierung gewählt. Die CVP versuchte der FDP den Sitz mit der Nomination des Freiburger Ständerats Urs Schwaller streitig zu machen; Burkhalter siegte jedoch dank dem Stimmengewicht der SVP, während die SP mehrheitlich Schwaller unterstützte. Der Ökonom Burkhalter übernahm das dornenvolle Innenministerium, wo neben der Krankenversicherung vor allem die Sozialversicherungen AHV und IV der Sanierung harren.

Zur Zufriedenheit des Bundesrates stimmte das Volk am 27. September 2009 einer befristeten Zusatzfinanzierung der schwer defizitären IV durch Anhebung der Mehrwertsteuer mit 54,6% Ja zu; die SVP hatte die Vorlage wegen fehlender Massnahmen auf der Ausgabenseite bekämpft. Deutlich Ja sagten Volk und Stände zu einem Verfassungsartikel über Forschung am Menschen. Hingegen wurden zwei Volksbegehren verworfen: die Tierschutzanwalt-Initiative und die Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten».

Polanskis Verhaftung

International von sich reden machte die Schweiz Ende September 2009, als der Starregisseur Roman Polanski bei der Einreise in die Schweiz am Flughafen Zürich-Kloten verhaftet wurde. Polanski wollte am Filmfestival von Zürich einen Preis für sein Lebenswerk entgegennehmen. Die Verhaftung stand im Zusammenhang mit einer Sex-Affäre mit einem 13-jährigen Mädchen, die der Regisseur 1977 in Kalifornien gehabt hatte. Der drohenden Verurteilung hatte sich Polanski 1978 durch Flucht nach Frankreich entzogen. Seltsam war, dass er erst jetzt in der Schweiz verhaftet wurde, nachdem er sich in den vergangenen Jahren immer wieder in unserem Land aufgehalten hatte und in Gstaad sogar ein eigenes Ferienhaus besass. Der Fall Polanski führte zu heftigen Reaktionen: Frankreichs Kulturminister Frédéric Mitterrand äusserte sich empört; die SVP bezeichnete das EJPD als verlängerten Arm der US-Justiz, und Aussenministerin Calmy-Rey kritisierte, es habe bei der Verhaftung Polanskis «einen Mangel an Feingefühl» gegeben – was zweifellos ein Seitenhieb an die Adresse der federführenden Justizministerin Widmer-Schlumpf war. Diese verteidigte die Festnahme als «rechtsstaatlich einzig gangbaren Weg».